Geschäftsordnung

Evangelische Kirchengemeinde Rhein-Murg

Die Evangelischen Kirchengemeinderäte Durmersheim, Paul-Gerhardt-Gemeinde Iffezheim, Dreieinigkeitsgemeinde Bietigheim-Muggensturm-Ötigheim und Rastatt haben am 4. November 2025 in einer gemeinsamen Sitzung gemäß Grundordnung (GO) und Leitungs- und Wahlgesetz (LWG) der Evangelischen Landeskirche in Baden die folgende gemeinsame Geschäftsordnung der Evangelischen Kirchengemeinde Rhein-Murg beschlossen.

I. Die Kirchengemeinde

§ 1 Aufgabe der Kirchengemeinde

Die Evangelische Kirchengemeinde Rhein-Murg ist ein Teil der Evangelischen Landeskirche in Baden und bekennt sich mit ihr als Gemeinde Jesu Christi. In der Gemeinschaft der gesamten Christenheit bezeugt sie das Evangelium allen Menschen dadurch, dass sie das Wort Gottes verkündigt, die Sakramente verwaltet und mit der Tat der Liebe dient.

§ 2 Rechtsnatur der Kirchengemeinde

Die Evangelische Kirchengemeinde Rhein-Murg ist eine Kirchengemeinde mit mehreren Pfarrgemeinden. Sie besitzt die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und besorgt ihre Angelegenheiten selbstständig im Rahmen der landeskirchlichen Ordnung.

§ 3 Gebiet und Gliederung der Kirchengemeinde

- (1) Die Evangelische Kirchengemeinde Rhein-Murg umfasst gemäß Artikel 8 und 14 der Grundordnung alle Mitglieder der Evangelischen Landeskirche in Baden, die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Gebiet der Kirchengemeinde Rhein-Murg haben.
- (2) Die Evangelische Kirchengemeinde Rhein-Murg umfasst das Gebiet der Stadt Rastatt mit den Stadtteilen Niederbühl, Ottersdorf, Plittersdorf, Rauental und Wintersdorf sowie die Gebiete der Gemeinden Steinmauern, Iffezheim, Hügelsheim, Muggensturm, Bietigheim, Ötigheim, Au am Rhein und Elchesheim-Illingen sowie der Gemeinde Durmersheim mit dem Ortsteil Würmersheim.
- (3) Die Evangelische Kirchengemeinde Rhein-Murg gliedert sich in die Pfarrgemeinden Johannesgemeinde Rastatt, Petrusgemeinde Rastatt, Thomasgemeinde Rastatt, Paul-Gerhardt-Gemeinde Iffezheim, Hügelsheim, Ottersdorf und Wintersdorf, Dreieinigkeitsgemeinde Bietigheim, Muggensturm und Ötigheim sowie Durmersheim. Die Abgrenzungen ergeben sich aus der Anlage zu dieser Geschäftsordnung.

II. Der Kirchengemeinderat

§ 4 Aufgabe des Kirchengemeinderats

- (1) Leitungsorgan der Kirchengemeinde ist der Kirchengemeinderat.
- (2) Der Kirchengemeinderat hat dafür zu sorgen, dass die äußeren Voraussetzungen für die Erfüllung des Auftrages der Kirche in der Kirchengemeinde gegeben sind.
- (3) Der Kirchengemeinderat verwaltet das Vermögen der Kirchengemeinde nach dem Kirchlichen Gesetz der Vermögensverwaltung und Hauswirtschaft. Des Weiteren gelten die grundlegenden Vorschriften des Artikels 27 der Grundordnung.

§ 5 Zusammensetzung des Kirchengemeinderats

- (1) Der Kirchengemeinderat Rhein-Murg setzt sich aus stimmberechtigten und beratenden Mitgliedern zusammen. Es gelten die Vorschriften von Artikel 25 Absatz 2 der Grundordnung sowie § 20 und § 21 des LWG.
- (2) Stimmberechtigte Mitglieder sind:
 1. Je zwei Kirchenälteste, die von den Ältestenkreisen gemäß LWG aus ihrer Mitte in den Kirchengemeinderat gewählt werden. Die nicht entsandten Ältesten werden als generelle Stellvertreter ernannt.
 2. Personen, die der Kirchengemeinderat nach den Bestimmungen des § 21 Absatz 6 und 7 des LWG beruft. Diese Mitglieder müssen keine Kirchenältesten sein.
 3. Die Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer oder Verwalterinnen und Verwalter eines Gemeindepfarramtes sowie die in der Kirchengemeinde eingesetzten Diakoninnen und Diakone.
- (3) Beratende Mitglieder sind:
 1. Die nicht stimmberechtigten Ältesten aus den Pfarrgemeinden.
 2. Die im Bereich der Kirchengemeinde tätigen landeskirchlichen Pfarrerinnen und Pfarrer mit übergemeindlichen Aufgaben.
 3. Vertretungen der im Bereich der Kirchengemeinde tätigen Religionslehrerinnen und Religionslehrer, die gemäß § 22 LWG berufen werden.
 4. Diakoninnen und Diakone, deren Aufgabengebiet über das der Kirchengemeinde Rhein-Murg hinausgeht sowie Vikarinnen, Vikare, Pfarrerinnen und Pfarrer im Probendienst und andere für die inhaltliche Gemeindegemeinschaft angestellte Personen.
 5. Die Vorsitzenden der Gemeindeversammlungen sowie die in die Bezirkssynode als Synodale gewählten Gemeindeglieder.
- (4) An den Sitzungen des Kirchengemeinderats nimmt die geschäftsführende Person der Kirchengemeinde beratend teil. Die Leitung des Diakonischen Werkes im Kirchenbezirk Baden-Baden und Rastatt kann ebenfalls beratend teilnehmen.
- (5) Der Kirchengemeinderat kann für bestimmte Gegenstände der Tagesordnung sachverständige Personen hinzuziehen.

§ 6 Wahl des Vorsitzes und der Stellvertretung

- (1) Der Kirchengemeinderat wählt gemäß § 23 Absatz 1 des LWG aus seiner Mitte für die Dauer von drei Jahren eine Person ins Vorsitzendenamt und zwei Stellvertretungen, deren Rangfolge vor der Wahl festgelegt wird. Eine Wiederwahl ist möglich.
- (2) Wird eine Kirchenälteste oder ein Kirchenältester in den Vorsitz gewählt, ist eine Gemeindepfarrerin oder ein Gemeindepfarrer als Stellvertretung zu wählen. Entsprechendes gilt im umgekehrten Fall. Die Personen im Vorsitz sollen verschiedenen Pfarrgemeinden der Kirchengemeinde angehören.

§ 7 Zuständigkeit des Vorsitzes

- (1) Aufgaben des Vorsitzes des Kirchengemeinderats sind gemäß der Bestimmungen in § 23 des LWG insbesondere:
 1. Die Kirchengemeinde gerichtlich und außergerichtlich zusammen mit einem weiteren Mitglied des Kirchengemeinderats zu vertreten.
 2. Die Sitzungen des Kirchengemeinderats vorzubereiten, einzuberufen und zu leiten.
 3. Für die Ausführung der Beschlüsse des Kirchengemeinderats und der ständigen Ausschüsse zu sorgen.
 4. Soweit erforderlich, Genehmigungen des Evangelischen Oberkirchenrats einzuholen.
 5. Die Aufsichts-, Leitungs- und Weisungsbefugnisse des Kirchengemeinderats über die Geschäftsführung der Kirchengemeinde auszuüben.
 6. Die Dienstaufsicht über die Mitarbeitenden der Kirchengemeinde wahrzunehmen. Die unmittelbare Dienstaufsicht der in den einzelnen Pfarrgemeinden tätigen Mitarbeitenden obliegt den jeweiligen Pfarrstelleninhabenden beziehungsweise Verwaltungen der Pfarrstellen, im Verhinderungsfall dem Vorsitz des Ältestenkreises sowie dessen Stellvertretung.
- (2) Die Person im Vorsitzendenamt hat Beschlüsse des Kirchengemeinderats zu beanstanden,
 1. die gegen die Grundordnung oder andere kirchliche Gesetze verstoßen;
 2. durch die der Kirchengemeinderat seine Befugnisse überschreitet.
- (3) Sofern der Kirchengemeinderat bei seinem Beschluss verbleibt, hat die Person im Vorsitzendenamt unverzüglich die Entscheidung des Evangelischen Oberkirchenrats einzuholen. Die Ausführung des Beschlusses ist bis zur Entscheidung auszusetzen.
- (4) Absatz 2 und 3 gilt sinngemäß für Beschlüsse der Ausschüsse im Sinne von § 11. Vor einer Einschaltung des Evangelischen Oberkirchenrats hat grundsätzlich der Kirchengemeinderat zu beschließen.
- (5) Der Kirchengemeinderat kann Leitungsaufgaben und Funktionen des Vorsitzes auf weitere Mitglieder des Kirchengemeinderats, insbesondere die Stellvertretung des Vorsitzes, delegieren. Der Geschäftsführung der Kirchengemeinde können Aufgaben der Dienstaufsicht übertragen werden.

§ 8 Bestellung von Ausschüssen

- (1) Der Kirchengemeinderat bildet folgende beschließende Ausschüsse:
 1. Hauptausschuss
 2. Bauausschuss
- (2) Der Kirchengemeinderat kann bei Bedarf weitere Ausschüsse bilden.

§ 9 Zusammensetzung der Ausschüsse

- (1) Den Ausschüssen nach § 8 Absatz 1 gehört pro Pfarrgemeinde eine Person aus dem Ältestenkreis an, die vom Kirchengemeinderat aus seiner Mitte berufen wird. Die Ältestenkreise haben bei Verhinderung eines Ausschussmitglieds für eine Stellvertretung zu sorgen.
- (2) Der Kirchengemeinderat entsendet in jeden Ausschuss nach § 8 Absatz 1 drei Pfarrpersonen beziehungsweise Verwaltungen eines Gemeindepfarramts. Entsprechende Absprachen unter den Pfarrpersonen beziehungsweise Verwaltungen eines Gemeindepfarramts werden bei dieser Entsendung berücksichtigt. Bei Verhinderung einer entsandten Person hat diese für eine Stellvertretung zu sorgen.
- (3) Jeder Ausschuss wählt aus seiner Mitte nach den Bestimmungen des LWG eine Person ins Vorsitzendenamt sowie eine Stellvertretung.
- (4) An den Beratungen der Ausschüsse nach § 8 Absatz 1 nimmt die Geschäftsführung der Kirchengemeinde teil.
- (5) Kirchenälteste und Pfarrpersonen beziehungsweise Verwaltungen eines Gemeindepfarramts, die einem Ausschuss nicht angehören, können an den Ausschusssitzungen beratend teilnehmen. Sie haben kein Stimmrecht.
- (6) Zu ihren Beratungen können die Ausschüsse weitere sachverständige Personen einladen.

§ 10 Allgemeine Bestimmungen

- (1) Die Sitzungen des Kirchengemeinderats sind in der Regel öffentlich. Gegenstände, die Personen betreffen oder aus seelsorgerlichen, datenschutzrechtlichen oder sonstigen Gründen Vertraulichkeit erfordern, müssen in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden.
- (2) Der Kirchengemeinderat kann während einer öffentlichen Sitzung durch Beschluss Einzelpersonen oder die gesamte Öffentlichkeit von einzelnen Tagesordnungspunkten oder der Sitzung ausschließen.
- (3) Der Kirchengemeinderat ist über jeden Beschluss eines Ausschusses zu informieren.
- (4) Ist ein Beschluss im Ausschuss nicht erreichbar, so ist der Beratungsgegenstand dem Kirchengemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.
- (5) Der Kirchengemeinderat kann jede übertragene Angelegenheit an sich ziehen und einen noch nicht vollzogenen Beschluss aufheben oder ändern.

(6) Der Kirchengemeinderat kann einem Ausschuss im Einzelfall eine bestimmte Angelegenheit zur selbstständigen Wahrnehmung einschließlich der Beschlussfassung übertragen. Dieser Beschluss bedarf der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Kirchengemeinderats.

§ 11 Zuständigkeit der Ausschüsse und der Ältestenkreise

(1) Der Hauptausschuss beschließt im Rahmen des Haushaltsplans:

1. Die Einstellung, Eingruppierung und Kündigung von Angestellten und Arbeitenden der Kirchengemeinde im Rahmen des beschlossenen Stellenplans.
2. Die Beschaffung von Gegenständen des Anlagevermögens und Gebrauchsgütern im Einzelwert bis zu 20.000 Euro, soweit diese nicht in die Zuständigkeit des Bauausschusses fallen.
3. Den Abschluss von Dienst-, Werk-, Miet- und Leasingverträgen mit einer Vertragssumme bis zu 10.000 Euro.
4. Sonstige Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen bis zu 5.000 Euro im Einzelfall.

In allen übrigen Angelegenheiten ist der Ausschuss beratend tätig.

(2) Der Bauausschuss beschließt im Rahmen des Haushaltsplanes:

1. Die Bau-, Renovierungs- und Unterhaltungsangelegenheiten an den kirchengemeindeeigenen Gebäuden bis zu 100.000 Euro pro Objekt.
2. Die Vergabe von Aufträgen für Instandsetzung und Instandhaltung bis zu 25.000 Euro pro Objekt.
3. Die Vergabe von Aufträgen zur Ausführung von Baumaßnahmen, die vom Kirchengemeinderat beschlossen wurden und deren Finanzierung sichergestellt ist.

In allen übrigen Angelegenheiten ist der Ausschuss beratend tätig. Des Weiteren obliegt dem Bauausschuss die Bau- und Gebäudeüberwachung. Die Verkehrssicherungspflichten in Eilfällen und Gefahrensituationen obliegen den Pfarrgemeinden.

(3) Die Ältestenkreise entscheiden im Rahmen des Haushaltsplans über:

1. Die Einstellung von Personen im Pfarramt, Reinigungskräften und Personen im Kirchendienst im Rahmen des beschlossenen Stellenplans, sofern diese Kräfte nur in dieser Pfarrgemeinde tätig sind.
2. Maßnahmen zur Gebäudeunterhaltung bis zu 5.000 Euro pro Einzelmaßnahme.

Der Kirchengemeinderat ist von dem jeweiligen Beschluss zu informieren.

§ 12 Information über gefasste Beschlüsse

Die Ausschüsse und Ältestenkreise fertigen über ihre Sitzungen Protokolle an, aus denen hervorgeht, welche Beschlüsse sie in übertragenen Aufgaben gefasst

haben. Diese Beschlüsse sind außerdem in der nächsten Sitzung des Kirchengemeinderats mitzuteilen.

§ 13 Beschlussfähigkeit und Abstimmungen

Für die Beschlussfassung und die Durchführung von Wahlen des Kirchengemeinderats und der Ausschüsse gilt gemäß Artikel 108 Grundordnung folgendes:

1. Der Kirchengemeinderat beziehungsweise die Ausschüsse sind beschlussfähig oder können Wahlen durchführen, wenn nach ordnungsgemäßer Einladung mehr als die Hälfte der gesetzlich vorgeschrieben stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist und jede Pfarrgemeinde durch mindestens ein Mitglied vertreten ist.
2. Beschlüsse sind gültig, wenn sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten (absolute Mehrheit). Bei Stimmgleichheit ist der zur Entscheidung gestellte Antrag abgelehnt.
3. Bei einer Wahl ist gewählt, wer im ersten Wahlgang die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält (absolute Mehrheit). Sind mehrere Ämter zu besetzen und erreichen mehr Personen die absolute Mehrheit als Ämter zu besetzen sind, sind diejenigen gewählt, die die meisten Stimmen erhalten.
4. Kommt die absolute Mehrheit nicht zustande, so ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. Im zweiten Wahlgang sind diejenigen Personen gewählt, die die meisten Stimmen erhalten (einfache Mehrheit), mindestens jedoch ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt haben. Das Gleiche gilt, wenn wegen Stimmgleichheit eine Stichwahl erforderlich ist.
5. Eine Wahl ist in der Regel geheim mit verdeckten Stimmzetteln durchzuführen. Ein anderes Wahlverfahren kann beschlossen werden, wenn kein stimmberechtigtes Mitglied widerspricht. Das gilt nicht, wenn eine geheime Wahl gesetzlich vorgeschrieben ist.

§ 14 Befangenheit und Verschwiegenheit

- (1) Ein Mitglied des Kirchengemeinderats muss die Sitzung verlassen und darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung der Angelegenheit ihm selbst oder seinen Angehörigen einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Dies gilt nicht bei Wahlen zu einer ehrenamtlichen Tätigkeit oder wenn die Entscheidung nur die gemeinsamen Interessen einer Berufs- oder Gemeindegruppe berührt.
- (2) Ob ein Ausschlussgrund vorliegt, entscheidet in Zweifelsfällen der Kirchengemeinderat in Abwesenheit der betroffenen Person.
- (3) Alle Teilnehmenden an nichtöffentlichen Sitzungen des Kirchengemeinderats und an Sitzungen der Ausschüsse des Kirchengemeinderats haben über die ihnen bekannt gewordenen Angelegenheiten, deren Weitergabe ihrer Natur nach unzulässig oder ausdrücklich verboten ist, auch nach Beendigung ihres Amtes Stillschweigen zu bewahren.

§ 15 Übertragung von Aufgaben an die Geschäftsführung

- (1) Zur Durchführung der Verwaltungsgeschäfte wird eine Geschäftsführung durch die Leitung der eingesetzten Verwaltungseinheit eingesetzt. Diese Person untersteht dem Vorsitz des Kirchengemeinderats.
- (2) Der Geschäftsführung obliegen folgende Aufgaben:
 1. Die Durchführung der Beschlüsse des Kirchengemeinderats und seiner Ausschüsse.
 2. Die Bearbeitung von Personalangelegenheiten der Bediensteten im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen und landeskirchlichen Vorschriften.
 3. Die Rechnungsführung.
 4. Die Protokollführung im Kirchengemeinderat und in den Ausschüssen nach § 8 Absatz 1 in Absprache mit dem Vorsitz.
- (3) Darüber hinaus kann der Kirchengemeinderat der Geschäftsführung weitere Aufgaben übertragen.

III. Die Pfarrgemeinden

§ 16 Abgrenzungen der Pfarrgemeinden

Der Kirchengemeinderat beschließt gemäß Artikel 15 der Grundordnung über die örtliche Abgrenzung der Pfarrgemeinden nach Anhörung der Ältestenkreise der beteiligten Pfarrgemeinden und im Einvernehmen mit dem Bezirkskirchenrat.

§ 17 Angelegenheiten der Pfarrgemeinden

(1) In Angelegenheiten, durch die eine Pfarrgemeinde betroffen ist, hat der Kirchengemeinderat vor der Entscheidung den Ältestenkreis der entsprechenden Pfarrgemeinde anzuhören. Diese Anhörung kann auch so geschehen, dass der Ältestenkreis seine Meinung in der Sitzung des Kirchengemeinderats vorträgt.

(2) Der Kirchengemeinderat entscheidet in Angelegenheiten, die mehrere Pfarrgemeinden berühren, wenn die Ältestenkreise keine Übereinstimmung erzielen.

§ 18 Selbstverwaltungsmittel

(1) Die Pfarrgemeinden erhalten die für ihre örtlich anfallenden Aufgaben erforderlichen Mittel (Selbstverwaltungsmittel) in Eigenverwaltung. Diese setzen sich zusammen aus der Festsetzung des Haushaltsplans (Sockelbetrag) zuzüglich der in der Gemeinde gespendeten Opfereinnahmen. Die Erfassung und Verwaltung dieser Mittel in der gemeinsamen Kassen- und Rechnungsführung der Kirchengemeinde wird dadurch nicht berührt.

(2) Über die Verwendung der pfarrgemeindlichen Mittel entscheidet der Ältestenkreis in eigener Verantwortung. Nicht aufgebrauchte Selbstverwaltungsmittel fließen in die Rücklage der jeweiligen Pfarrgemeinde.

IV. Schlussvorschriften

§ 19 Änderung der Geschäftsordnung

Für Änderungen und Ergänzungen der Geschäftsordnung ist die Mehrheit der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl der Mitglieder des Kirchengemeinderats erforderlich.

§ 20 Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt am 1. Januar 2027 in Kraft. Gleichzeitig treten alle Geschäftsordnungen der bisherigen in der Kirchengemeinde Rhein-Murg sich vereinigenden Kirchengemeinden außer Kraft. Die bestehenden Geschäftsordnungen der Ältestenkreise bleiben davon unberührt.

Anlagen

Pläne mit Gemeindeabgrenzungen

Rastatt, 4. November 2025

Siegel und Unterschriften der fusionierenden Kirchengemeinden

Evangelische Kirchengemeinde Rastatt

Evangelische Paul-Gerhardt-Gemeinde Iffezheim

Evangelische Kirchengemeinde Bietigheim,
Muggensturm und Ötigheim

Evangelische Kirchengemeinde Durmersheim